

Nürnberg.

SPD

DER SPRINGENDE PUNKT

MONATLICHE ZEITUNG DER SPD NÜRNBERG / AUSGABE 06/2024



Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Europawahl war, und da müssen wir nicht drum rum reden, für uns Sozialdemokraten eine große Enttäuschung. Und zwar aus meiner Sicht sogar in zweifacher Hinsicht: Zum einen hätten wir uns natürlich ein besseres Ergebnis für uns gewünscht und es tut mir besonders für unsere engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer leid, die mit großem Einsatz wirklich alles gegeben haben und denen mein besonderer Dank gilt. Aber auch das starke Ergebnis für (rechts-)radikale und antidemokratische Parteien schockiert mich und macht mich traurig und besorgt zugleich. Ich würde mir wünschen, dass mehr Menschen unsere freiheitliche Demokratie zu schätzen wissen, denn sie ist die Voraussetzung für unser friedliches Zusammenleben in Deutschland und Europa.

Und das begreife ich jetzt auch als unsere Aufgabe als Sozialdemokraten: Mit Menschen ins Gespräch kommen, Menschen überzeugen und für unsere Demokratie zu begeistern. Da steht uns jetzt viel Arbeit bevor. Aber, und das habe ich als langjähriger „Sozi“ gelernt: Es gibt keinen Grund in Depression zu verfallen oder zu resignieren. Ich möchte erinnern: Nach der Europawahl 2019, die wir in Nürnberg mit dem fast identischen Ergebnis abgeschlossen haben, konnten wir 2021 die Bundestagswahl gewinnen, was uns wirklich keiner zugetraut hatte.

Daher gilt es jetzt mit ganzer Kraft dafür zu arbeiten, dass die Bundestagswahlen 2025 und Kommunalwahlen 2026 zur Trendwende werden. Das wird schwer, aber ich bin sehr optimistisch, denn eines weiß ich sicher: Wir Sozis, und erst recht wir Nürnberger Sozis, lassen uns nicht unterkriegen!

Euer
Nasser

EUROPAEMPfang DER SPD NÜRNBERG

Europa im Fokus: SPD Nürnberg mobilisiert für die Zukunft



Die SPD Nürnberg veranstaltete im Mai einen Europaempfang im Nürnberger Offenwerk, der nicht nur auf großes Interesse stieß, sondern auch wichtige Diskussionen über die Zukunft Europas entfachte.

Eröffnet wurde der Abend von unserem Parteivorsitzenden, Dr. Nasser Ahmed der in seiner Rede auf den Eklat auf Syllat einging. Er betonte, dass die Migrat*innen, die in Deutschland leben und arbeiten, ein wesentlicher Faktor dafür sind, dass dieses Land am Laufen gehalten wird. Umso trauriger ist, wenn Sätze wie „Deutschland den Deutschen“ heute auf Partys, in Bierzelten oder auch im normalen Alltag einfach ohne

Gegenrede in den Raum geworfen werden. Hier plädierte unser Vorsitzender auf für mehr Courage, solche setze nicht einfach so zu hinzunehmen. Nasser Ahmed betonte die Bedeutung des Engagements gegen rechte Hetze und für eine offene und vielfältige Gesellschaft.

Danach durften unsere beiden Kandidaten für das Europaparlament, Matthias Dornhuber und Anil Altun auf die Bühne. Beide stellten ihre Visionen und Wünsche für ein gerechtes und geeinigtes Europa vor. Beide sind Europäer aus tiefsten Herzen und zeigten dem Publikum, warum Europa nicht nur eine einfache Idee ist, sondern ein Symbol >>



Fotos: R. Löster



für Frieden und Zusammenhalt, dass hart erarbeitet wurde und auch weiterhin viel Arbeit und Kraft erfordert. Der Saal war mit über 350 Gästen prall gefüllt, als Spitzenkandidatin Katarina Barley das Podium betrat. In ihrer bewegenden Rede sprach sie über die entscheidenden Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, und betonte die Bedeutung des Zusammenhalts in Zeiten zunehmender Spaltungen. Ein zentrales Thema ihrer Ansprache war der Frieden, den die EU sichert. Barley er-

innerte daran, dass die Union 2012 den Friedensnobelpreis erhielt und warnte davor, die Bedeutung dieser Errungenschaft zu unterschätzen. Besonders dringlich sei die Lage in der Ukraine, wo die Menschen trotz schwerer Belastungen entschlossen sind, für ihre Identität und Freiheit zu kämpfen.

Ein weiterer Schwerpunkt von Barleys Rede lag auf dem Kampf gegen rechtsextreme Tendenzen. Sie berichtete von ihrem persönlichen Erlebnis beim Potsdamer Treffen zur „Remigration“, dass ihr die wahren Absichten der AfD deutlich vor Augen führte. Dieses Ereignis habe zu Massenprotesten in Deutschland geführt und verdeutlicht, dass die SPD entschlossen ist, gegen jede Form von Ausgrenzung und Extremismus anzutreten.

Die Reaktionen im Saal während Barleys Rede waren nachdenklich und ernst. Die Zuhörer*innen spürten die Dringlichkeit der politischen Lage und die Notwendigkeit, gemeinsam für eine starke und gerechte EU einzustehen. Im Anschluss an die Rede unserer Spitzenkandidatin wurden noch Fragen unsere Gäste beantwortet, die zu Beginn der Veranstaltung eigsammelt wurden. Auch hier zeigte sich: Europa steht vor vielen Aufgaben und Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen.

Der Europaempfang der SPD Nürnberg war somit nicht nur eine Gelegenheit zur Begegnung und Vernetzung, sondern auch ein Appell an alle Bürger*innen, sich aktiv für die Zukunft Europas einzusetzen. Die SPD bleibt fest entschlossen, die Werte der Solidarität, Freiheit und Demokratie zu verteidigen und gemeinsam mit den Bürger*innen den Weg in eine bessere Zukunft zu gehen.



DANK UND ANERKENNUNG FÜR DEN EINSATZ IM EUROPAWAHLKAMPF

Stolz und Herausforderung: Der Europa-Empfang in Nürnberg



Fotos: R. Löster

von DR. NASSER AHMED

Der Europawahlkampf war für uns alle eine große Herausforderung. Das Ergebnis, sowohl deutschlandweit als auch in Nürnberg, ist eine bittere Niederlage. Die Bedingungen des Wahlkampfes waren schwierig, geprägt von Hass, Hetze und Schmierereien. Dennoch haben unsere Kandidat*innen und Wahlkämpfer*innen mit beeindruckender Entschlossenheit und Engagement dagegegenthalten. Für diesen herausragenden Einsatz gebührt allen unser größter Dank und unsere Anerkennung. Besonders bemerkenswert war der persönliche Einsatz des Kandidaten-Duos Matthias Dornhuber und Anil Altun. Trotz widriger Umstände haben sie alles gegeben, sich immer wieder ergänzt und zusammengehalten. Ihr Einsatz weckte Begeisterung für Europa, wo immer sie auftraten, das konnte man spüren.

Mit Stolz kann die Nürnberger SPD auch auf den Europa-Empfang mit unserer Spitzenkandidatin Katarina Barley in Nürnberg zurückblicken, ich habe sehr viele positive Rückmeldungen dazu erhalten. Es war tatsächlich der bestbesuchte SPD-Wahlkampftermin dieser Art in ganz Deutschland. Auf Social Media waren die Kandidaten ebenfalls sehr präsent und vermittelten eindrücklich die Botschaft, dass Europa nicht weit weg ist, sondern vor Ort gelebt wird.

Das Wahlergebnis bleibt dennoch schwer zu verkraften. Mit bundesweit 13,9% verzeichnete die SPD das schlechteste Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl überhaupt. In Nürnberg konnte das bereits ernüchternde Ergebnis von 2019 mit 12,8% knapp gehalten werden.

Besorgniserregend sind auch die Erfolge der rechtsextremistischen AfD in Deutschland und in Nürnberg. Trotz Deportationsplänen und verfassungsfeindlichen Enthüllungen wird die Partei deutschlandweit zweitstärkste Kraft und in Nürnberg vierte Kraft hinter der SPD. Diese Entwicklung ist erschreckend und macht mich fassungslos. Die Botschaften und Ideen der SPD fanden leider nicht die erhoffte Resonanz bei den Wählerinnen und Wählern. Wie unser Generalsekretär Kevin Kühnert treffend bemerkte, muss dieses Wahlergebnis bei uns in der Partei aufgearbeitet werden, und das gilt auch für Nürnberg.

Nach der Europawahl 2019 mit fast demselben Ergebnis von 12,9% konnten wir in Nürnberg zwei Jahre später mit deutlich über 20% einen bedeutenden Beitrag zur gewonnenen Bundestagswahl leisten. Diese positive Entwicklung sollte uns Mut geben und zeigt, dass eine deutliche Steigerung auch diesmal wieder möglich ist. Die Aufgabe bis 2025 und 2026 ist klar: Die SPD in Nürnberg muss mobilisiert werden, um bei den Bundestagswahlen 2025 und den

Kommunalwahlen 2026 eine Trendwende zu erreichen.

Und wir waren und sind nicht untätig: In den vergangenen Monaten hat sich die Nürnberger SPD auf den Weg zu einer modernen Mitmachpartei gemacht. Der erste Mitmachparteitag in der Geschichte der Nürnberger SPD war ein wichtiger Auftakt, ebenso wie die einstimmig beschlossene Parteireform. Erneuerung ist das Gebot der Stunde.

Abschließend möchte ich allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern sowie dem Kandidaten-Duo nochmals meinen großen Dank aussprechen. Ihr Einsatz in diesen schwierigen Zeiten und Umständen war nicht selbstverständlich, sondern kam von Herzen. Trotz aller Widrigkeiten gilt für uns Nürnberger Sozis: wir kommen wieder, keine Frage!





WIE SICHERN WIR DEMOKRATIE, FRIEDEN UND WOHLSTAND IN EUROPA?

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Unter diesem Titel lud ich am 26. April zu einer Abendveranstaltung ins Karl-Bröger-Zentrum ein. Meine Podiumsgäste waren der stellvertretende europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Schrapf sowie der Huckepack-Kandidat der SPD Mittelfranken für die Europawahl Anil Altun.

Johannes Schrapf präsentierte eine detaillierte Analyse der Europäischen Union unter dem Titel „Die richtige Antwort: ein starkes Europa“. Er betonte dabei die Vielfalt und Größe der EU mit ihren heute 27 Mitgliedsstaaten und etwa 450 Millionen Menschen, was sie zum drittgrößten Bevölkerungsblock der Welt macht. „Wenn man jetzt noch die wirtschaftliche Stärke der EU mit anderen Ländern vergleicht, zeigt es eigentlich, was Europa leisten kann, wenn man zusammenhält“, so Johannes Schrapf. Ferner hob er zehn wichtige Errungenschaften hervor, die die EU heute ausmachen. Darunter die gemeinsame Währung, die Freizügigkeit, der internationale Einfluss, gemeinsame Politikbereiche wie die Landwirtschaft und ihre demokratischen Strukturen, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Merkmale, so Johannes, seien entscheidend für die Stärkung Europas als politische und wirtschaftliche Einheit.

In seinem Vortrag ging Johannes auch auf die aktuellen Herausforderungen ein, mit denen nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen europäischen Länder konfrontiert sind. Dazu gehören Verunsicherung durch die zunehmende Präsenz von Kriegen

in der öffentlichen Wahrnehmung, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, bürokratisches Verwaltungshandeln sowie Polarisierungen im medialen Bereich. Fortschreitende Digitalisierungsprozesse und die Globalisierung verstärken zudem das Gefühl der Überforderung bei vielen Menschen. Diese rasanten Entwicklungen machen sie anfälliger für einfache populistische Narrative, die von rechtsextremen Parteien bedient und ausgenutzt werden.

In Anbetracht dieser Herausforderungen und der aufstrebenden nationalistischen Bewegungen in einigen europäischen Ländern betonte Johannes die Bedeutung eines starken Engagements für Demokratie, Frieden und Wohlstand in Europa. Um die Demokratie zu stärken, ist es unerlässlich, die Rechtsstaatlichkeit als ihre Grundlage zu festigen. Johannes verwies als zuständiger Berichterstatter für Rechtsstaatlichkeit auf den in der letzten Legislaturperiode gefassten Beschluss über die Konditionalität der Rechtsstaatlichkeit. Dieser sieht vor, Mitgliedsstaaten finanzielle Mittel vorzuenthalten, bis sie ihre Gewaltenteilungen so anpassen, dass sie wieder rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht. Das ist zum Beispiel gerade in Ungarn der Fall. Einige Länder wie die Slowakei und Polen haben dagegen positive Beispiele gesetzt. Mit Amtsantritt der neuen Regierung unter Premierminister Donald Tusk und der Zusage des polnischen Kabinetts zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz Polens gab die Kommission kürzlich einen Teil

(6,3 Mrd. Euro) der bislang eingefrorenen Gelder frei und stellte weitere Auszahlungen in Aussicht. Weiterhin notwendig ist es auch, am gesellschaftlichen Miteinander zu arbeiten, um Spaltung und Polarisierung entgegenzuwirken. Dies erfordert einen entschiedenen Einsatz gegen rechtsextreme und populistische Kräfte, die die demokratischen Werte untergraben möchten. Darüber hinaus ist Frieden von entscheidender Bedeutung für die Stabilität und den Wohlstand einer Gesellschaft. Eine feste und verlässliche Unterstützung der Ukraine und anderer Länder, die von aggressiven Nachbarn bedroht werden, ist weiterhin unerlässlich. Gleichzeitig dürfen wir nicht unsere eigene Sicherheit aus den Augen verlieren (Stichwort: Taurus-Lieferung) und müssen die Sicherheit in Europa fördern. Dabei spielen auch internationale Bündnisse wie die NATO eine wichtige Rolle.

Wohlstand ist ein weiterer zentraler Aspekt, der eng mit der Stärkung der Demokratie verbunden ist. Es ist notwendig, unsere Wirtschaft vor unfairem Wettbewerb zu schützen und sicherzustellen, dass sie auf technologische Innovationen reagiert und nachhaltig wächst. Darüber hinaus sind gute Arbeitsbedingungen von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von den wirtschaftlichen Errungenschaften profitieren und die arbeitende Mitte gestärkt wird.

Anil Altun, der als Huckepack-Kandidat bei der Europawahl antritt, hob in seinem Vortrag die Vielfalt und die Chancen hervor, die Europa jungen Menschen bietet. Er betonte die Notwendigkeit einer Stärkung Europas und forderte eine Reduzierung bürokratischer Hürden, eine Ausweitung von Austauschprogrammen wie Erasmus+ sowie verstärkte finanzielle Unterstützung. Zudem plädierte er dafür, die Vorteile der vielfältigen EU-Förderungen für die Menschen in Nürnberg sichtbar zu machen. Allein im Jahr 2022 wurden über 40 Projekte in Nürnberg von der EU unterstützt, aktuell wird zum Beispiel der Umbau der Nürnberger Kongresshalle durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert. Gleichzeitig mahnte er, nicht die Augen davor zu verschließen, was an den europäischen Außengrenzen geschieht, und betonte die Bedeutung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für eine gemeinsame Zukunft in einem starken und geeinten Europa.

Ich glaube, es ist wichtig, dass niemand Europa für selbstverständlich hält. Wohlstand, Freiheit, Frieden und Demokratie – das sind alles Dinge, für deren Fortbestehen wir uns einsetzen müssen, damit andere sie nicht über Bord werfen.

NEUES VON DER AGS

von ROLAND WEINIGER,
Vorsitzender AGS Nürnberg

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS) gibt allen Unternehmerinnen und Unternehmern, Freiberuflern und Freiberuflern oder anderweitig haupt- oder nebenberuflich selbständig wirtschaftlich Handelnden im Unterbezirk Nürnberg eine Stimme. Aber auch Führungskräften in Unternehmen oder Vertreterinnen oder Vertretern aus Verbänden und Organisationen verschafft die AG Gehör - deshalb ist Selbstständigkeit auch keine Grundvoraussetzung für die Mitgliedschaft. Die Öffnung der Arbeitsgemeinschaft für Nicht-Mitglieder ist ausdrücklich erwünscht. Wir stehen für eine zukunftsfähige, nachhaltige und soziale Wirtschaft und möchten Unternehmergeist, Kreativität und Innovation in der Region fördern. Wir arbeiten eng mit den AGS anderer Unterbezirke zusammen und kooperieren gerne mit anderen Arbeitsgemeinschaften, insbesondere der AfA, für die Umsetzung gemeinsamer Veranstaltungen und Projekte.



Wirtschaftsstammtisch auf dem Fränkischen Bierfest

Schon zum zweiten Mal fand auf dem fränkischen Bierfest im Burggraben ein Wirtschaftsstammtisch der AGS Nürnberg statt. Kurz vor der Europawahl hatten wir unseren Kandidaten Matthias Dornhuber geladen, um mit ihm über die Wichtigkeit der Europäischen Union für die deutsche Wirtschaft zu sprechen. Weitere Gäste waren Markus Dorn, Niederlassungsleiter Würzburg des Stahlhändlers Kloeckner Metals Germany sowie der Geschäftsführer Ruhland und Partner GmbH, Thomas Fleisch-

mann. Nahe liegend wurde insbesondere um die Rohstoff- und Logistikbranche und deren Probleme, wie z.B. Energie, E-Mobilität oder die neue Maut gesprochen. Auch Thomas Landherr, der Organisator des - leider an den Vortagen stark verregneten - Bierfests gesellte sich kurz zu uns. Alles in allem ein gelungener Auftakt für unsere Reihe, denn wir werden die Wirtschaftsstammtische nach den Sommerferien regelmäßig an wechselnden Orten durchführen. Der Nächste findet dann am Mittwoch, den 11. September 2024 um 18:30 Uhr im afterwork Nürnberg, Klaragasse 9, 90402 Nürnberg statt.



Erlangen hat für die StUB gestimmt

Die AGS Nürnberg freut sich über das positive Abstimmungsergebnis des Bürgerent-

scheids in Erlangen. Die 26 Kilometer lange Strecke der StUB wird bedeutende Unternehmen wie Siemens in Erlangen, adidas, Puma und Schaeffler in Herzogenaurach sowie Staedtler miteinander verbinden und den Pendlerweg der Beschäftigten um Vieles vereinfachen. Zudem werden wissenschaftliche Institutionen wie die FAU Erlangen-Nürnberg, die TU Nürnberg, die Technische Hochschule Nürnberg und die Fraunhofer-Gesellschaft von der neuen Anbindung profitieren. Eine optimale Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist entscheidend, damit der Innovations- und Wissenschaftsstandort in der Metropolregion seine vollen Zukunftschancen ausschöpfen kann.

Sommerlicher Netzwerkabend der AGS Nürnberg

Am 26.07.2024 lädt die AGS Nürnberg alle Selbstständigen, Partnerorganisationen und Freunde der AG zu einem Netzwerkabend in der Gaststätte Ideal (Gartenkolonie, Kuhweiherweg 125, 90451 Nürnberg - Nähe S-Bahn Eibach). Wir spendieren ein respektables Fass Bier (und natürlich auch alkoholfreie Getränke), um ungezwungen miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir freuen uns, dass uns Sven Heißler den Abend mit dem ein oder anderen Lied bereichert und den einen oder anderen kurzen Impuls zur und aus der Wirtschaft wird es sicherlich auch noch geben. Die Begrüßung mit Bieranstich mit Möglichkeiten für Fotos findet pünktlich um 19:00 Uhr statt. Eine formlose Anmeldung per E-Mail oder über unsere Social Media Kanäle ist notwendig.

DIE NÄCHSTEN TERMINE DER AGS NÜRNBERG AUF EINEN BLICK:

- 19.06.2024 – 18:00 Uhr: AGS Jour Fixe (Karl-Bröger-Zentrum)
- 10.07.2024 – 18:00 Uhr: AGS Jour Fixe (Karl-Bröger-Zentrum)
- 26.07.2024 – 19:00 Uhr: Bieranstich auf dem Sommerfest der AGS Nürnberg (Gaststätte Ideal)
- 11.09.2024 – 19:00 Uhr: Wirtschaftsstammtisch (afterwork Nürnberg)

Um eine kurze Anmeldung an roland@weiniger.de wird gebeten.

WARUM EIGENTLICH INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT?



von GABRIELA HEINRICH, MdB

Seitdem die Haushaltsmittel wegen der Schuldenbremse knapper werden, nehmen Diskussionen über die Notwendigkeit internationaler Politik zu. Warum also helfen wir zum Beispiel bei Radwegen in Peru? Wozu braucht es überhaupt Entwicklungszusammenarbeit?

Es interessiert uns vielleicht nicht, wenn in China ein Sack Reis umfällt. Aber ob anderswo Klimaschutz betrieben wird, betrifft uns sehr wohl! Denn es gibt nur das eine Klima für alle Länder der Welt. Wir können hierzulande noch so viel CO₂ einsparen – wenn die anderen Länder das nicht auch tun, dann hat das nur begrenzten Einfluss auf das Weltklima. Deswegen ist es sinnvoll, Klimaschutz auch zum Beispiel in Peru zu unterstützen.

Wenn wir im Rahmen einer Entwicklungs- und Klimapartnerschaft Fahrradwege fördern, dann stellen wir Expertise sowie finanzielle Mittel in Form von Krediten und Zuschüssen zur Verfügung. Das machen wir nicht erst, seit es die Ampel gibt, sondern haben das schon in der Großen Koalition getan, als der Entwicklungsminister noch von der CSU kam. Zumal sich alle Industriestaaten mit dem Pariser Klimaabkommen dazu verpflichtet haben, den Globalen Süden beim Klimaschutz zu unterstützen.

Klimafreundliche Mobilität ist ein Riesenthema vor allem in den schnell – und manchmal eher chaotisch – wachsenden Städten des Globalen Südens. Städte sind

für rund drei Viertel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Deswegen ist es sinnvoll, genau hier anzusetzen. Im besten Fall lassen sich die Weichen für langfristig klimafreundliche Strukturen stellen. Wenn wir wollen, dass unsere Welt besser wird, dann müssen wir gemeinsam etwas dafür tun. Ein Rückzug ins Nationale – wie ihn die Rechtspopulisten fordern – würde globale Probleme nicht beenden, sondern nur bedeuten, den Kopf in den Sand zu stecken. Es geht bei Entwicklungszusammenarbeit um Solidarität. Es geht aber auch um Partnerschaften. Diese können wiederum die Basis sein für weitere Zusammenarbeit. Auf Regierungsebene betrifft das zum Beispiel Handelsabkommen, Energiekooperationen, Migrationspartnerschaften, aber auch Demokratisierungs- oder Friedensprozesse. Solche Partnerschaften werden in der Zeitenwende noch wichtiger, zumal es auch Verbündete für Frieden und Sicherheit braucht. Wir müssen in solche Partnerschaften investieren.

Wer keine Partner und Verbündeten in der Welt hat, dessen Stimme hat global kein Gewicht. Ziehen wir uns raus, würde neuer Raum für Russland und China entstehen, die bereits sehr im Globalen Süden engagiert sind. Beide haben nicht das Ziel, die Welt demokratischer zu machen. Wo Russland ist, sind Militärregierungen, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Zunehmend auch in Afrika. Davon konnte ich mir bei einer Reise mit Entwicklungsministerin Svenja Schulze nach Burkina Faso vor kurzem selbst einen Eindruck machen.

In der Sahel-Region im Nordwesten Afrikas – gar nicht allzu weit weg von Europa – breitet sich derzeit islamistischer Terror aus. Weil die Sicherheitslage für die Menschen immer schlechter wird, gab es in einigen Staaten – Mali, Niger, Burkina Faso – schon Militärputsche. Viele Menschen fliehen. Russland stützt die Militärregierungen, bietet Waffen gegen Rohstoffe. Unser Ansatz – und für den haben wir auch in Burkina Faso geworben – ist anders: Wir wollen Bildung, Arbeit und Zukunftschancen anbieten. Damit sich die Menschen nicht den Terrorgruppen anschließen. Damit sie Perspektiven für sich sehen. Damit stabile, friedliche und demokratische Gesellschaften entstehen.

Entwicklungszusammenarbeit kann nicht alle Probleme lösen, ist aber ein Beitrag. Zumal sie auch Programme wie den Zivilen Frie-

densdienst umfasst: Kleinere Konflikte zum Beispiel wegen Landstreitigkeiten zwischen Nomaden und Landwirten sollen durch Dialog entschärft werden, bevor sie wachsen. Ethnischen Konflikten auf Basis von Falschmeldungen in sozialen Medien sollen Fakten entgegengesetzt werden. Wir setzen auch global auf gesellschaftlichen Zusammenhalt statt auf Hass und Spaltung. Denn letztere sind das Fundament für Gewalt.

Globale Entwicklungen betreffen in vielerlei Hinsicht Deutschland – zum Beispiel die längst globalisierte Wirtschaft, Migration oder eben das Weltklima. Auch Sicherheit und Frieden kann die Weltgemeinschaft nur gemeinsam organisieren, nicht einzelne Nationalstaaten. Aus all diesen Gründen hat die internationale Zusammenarbeit gerade für uns als SPD eine lange Geschichte mit vielen Gesichtern, darunter Willy Brandt.

Auch in Nürnberg setzen sich zahlreiche Organisation, Vereine und Ehrenamtliche für die Entwicklung in anderen Ländern und den Austausch ein. Ich finde das super, denn wir leben alle in der Einen Welt. Ob das die LAG Mali e.V. ist, der Partnerschaftsverein Nürnberg-Charikiw, das Nürnberger Bündnis Fair Toys und viele mehr. Nicht zuletzt die Kirchen sind diesbezüglich aktiv.

Ein Engagement, das mir ebenfalls sehr ans Herz gewachsen ist, ist die von der Bundesregierung geförderte Klinikpartnerschaft zwischen dem Klinikum Nürnberg und dem Hôpital de Bassar in Togo. Zusammen mit dem Nürnberger Verein Fi Bassar e.V. mit der Vorsitzenden Rali Guemedji geht es bei der Partnerschaft um den Austausch und den Transfer von Wissen und Erfahrung, aber auch um Infrastruktur. Jüngstes Projekt ist ein Kinderkrankenhaus in Bassar, da das bestehende Hospital nur drei kleine Zimmer für die Versorgung von Kindern und Neugeborenen hat. Wer sich informieren oder spenden möchte, kann das unter www.fibassar.de/kinderklinik gerne tun!

Auch in Zeiten der Schuldenbremse darf unsere internationale Zusammenarbeit nicht gegen die Innenpolitik ausgespielt werden – zumal globale Entwicklungen uns immer auch betreffen. Das erleben wir gerade im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und zuvor mit Corona. Wir brauchen beides: Investitionen in unser Land, unsere Sicherheit – auch die soziale Sicherheit – und in unsere Zukunft. Und dazu Investitionen in Partnerschaften, Zusammenarbeit und Entwicklung. Denn wir leben alle zusammen in der Einen Welt.



DAS NEUE EINBÜRGERUNGSGESETZ

Die Umsetzung eines alten Versprechens

von ARIF TAŞDELEN, MdB

Am 27. Juni tritt das vom Bundestag verabschiedete „Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts“ in Kraft. Um das gesellschaftliche Leben aktiv mitgestalten zu können, ist es wichtig, dass sich möglichst viele Ausländer, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, für eine Einbürgerung entscheiden. Bisher war das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht jedoch nicht ausreichend darauf ausgerichtet, die Bedürfnisse von Menschen mit Einwanderungsgeschichte angemessen zu berücksichtigen und Anreize für Integrationsleistungen zu schaffen. Das neue Gesetz soll hier Verbesserungen bringen und Ausländern, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, sich zu unseren Werten bekennen und ihren eigenen Lebensunterhalt absichern können, durch die Einbürgerung den Weg zur umfassenden Teilhabe an der Gesellschaft eröffnen. Auch soll Deutschland durch die Gesetzesänderungen attraktiver für Fachkräfte gemacht werden.

Im Detail werden in dem neuen Gesetz eine Reihe an Anpassungen am bisherigen Einbürgerungsrecht getroffen. So wird etwa die Möglichkeit zur schnelleren Einbürgerung geschaffen. Statt den bisherigen acht Jahren, sollen Menschen bereits nach fünf Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können. Bei besonderen Integra-

tionsleistungen, wie etwa sozialem Engagement oder besonders guten schulischen oder beruflichen Leistungen, ist eine Einbürgerung nach bereits drei Jahren möglich. Diese Verkürzungen schaffen einen stärkeren Anreiz für Migrant*innen, sich möglichst schnell zu integrieren.

Des Weiteren wird die doppelte Staatsbürgerschaft generell zugelassen. Viele Ausländer fühlen sich zu Deutschland zugehörig, wollen aber ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben, weil sie sich auch mit ihrem Herkunftsland verbunden fühlen. Diese Regelung ist deshalb ein wichtiger Schritt, der klarstellt, dass für die Integration in die deutsche Gesellschaft, Aspekte wie die gesellschaftliche Teilhabe und das Bekenntnis zu deutschen Werten wichtiger sind, als die Frage, ob jemand eine oder mehrere Staatsangehörigkeiten besitzt.

Auch werden in Zukunft mehr in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, da die erforderliche Aufenthaltszeit des maßgeblichen Elternteils von acht auf fünf Jahre reduziert wird.

Zudem wird die Einbürgerung der ersten Gastarbeitergeneration wesentlich erleichtert. Dies ist ein besonders wichtiges Zeichen, da wir 2025 das 70-Jährige Bestehen des ersten Anwerbeabkommens feiern werden. In Anerkennung ihrer Lebensleistungen ist es nur fair, dass wir den ehemaligen Gast-

arbeitern einen besseren Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit ermöglichen. Auch Bayern hat wesentlich von den Gastarbeitern profitiert. Deshalb habe ich die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, im kommenden Jahr das Anwerbeabkommen und die Gastarbeiter zu feiern, und ihre besonderen Verdienste mit einem Staatsakt zu würdigen. Ich bin gespannt, ob die Staatsregierung ihren Sonntagsreden auch Taten folgen lässt.

Eine Modernisierung des Einbürgerungsgesetzes steht schon lange auf der Agenda der SPD. So versprach bereits Kanzler Schröder die doppelte Staatsbürgerschaft gesetzlich zu verankern. Zwar wurde im Jahr 2000, unter der damaligen rot-grünen Regierung, die doppelte Staatsbürgerschaft von Kindern von EU-Bürgern auch ermöglicht, alle anderen mussten sich nach dem „Optionsmodell“ allerdings zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsangehörigkeit entscheiden. Das eigentliche Vorhaben Schröders, die weitgehende Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit rechtlich zu verankern, scheiterte am Widerstand der CDU/CSU im Bundesrat. Im Voraus hatte die CDU sogar eine landesweite Unterschriftenkampagne gestartet, um die doppelte Staatsangehörigkeit zu verhindern, wobei in vielen Fällen explizit gegen Ausländer mobilisiert wurde.

2014 konnte die SPD schließlich eine Reformierung der Optionsregel durchsetzen. Durch die Neuregelung müssen sich in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Bedingungen nicht mehr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Das nun verabschiedete Gesetz ist die logische Weiterentwicklung der bisherigen Anstrengungen der SPD, das Erlangen der doppelten Staatsbürgerschaft zu vereinfachen, und es schafft faire Verhältnisse für alle Migrant*innen. Zudem lösen wir Sozialdemokrat*innen nach 25 Jahren endlich unser Versprechen ein.

Das Gesetz wird sicherlich zu mehr Einbürgerungsanträgen und somit zu einer höheren Belastung der Ausländerämter führen. Deshalb habe ich die Bayerische Staatsregierung frühzeitig aufgefordert, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die zuständigen Behörden den Zuwachs an Einbürgerungsanträgen reibungslos bearbeiten können. Mein Antrag wurde von den beiden Regierungsfractionen leider abgelehnt. Dies ist meinen Augen in jeder Hinsicht eine vertane Chance. Ich bleibe aber weiter dran, versprochen.

Freundschaft
Arif

LOTHAR BINDING:

„ALTER SCHAFFT ZUKUNFT“ – WARUM

SENIORENPOLITIK ALLE BETRIFFT

Im Interview mit Lothar Binding, Bundesvorsitzender der AG60 plus



von GABI PENZKOFER-RÖHRL

Gabi: Lieber Lothar, ich freue mich, dass Du Dir Zeit für ein Interview nimmst. Politik für und mit Senior*innen ist vielschichtig und betrifft alle Altersklassen – einer Deiner Leitsprüche lautet „Alter schafft Zukunft“ was meinst Du damit?

Lothar: Anders als vielleicht vermutet, meine ich nicht einfach „die Alten“. Ein Beispiel: eine junge Mutter, die in ihrer Gemeinde engagiert für mehr Krippenplätze kämpft – wenn es dann endlich die Krippenplätze gibt, ist ihr Kind drei Jahre alt und braucht einen Kita-Platz. Alle jungen Mütter und Väter freuen sich, dass es nun endlich Krippenplätze gibt. Die Mutter kämpft weiter für einen Kita-Platz, kaum gibt es endlich einen Kita-Platz, kommt ihr Kind in die Schule „Die Alten“ haben vielleicht Erfahrung und könnten helfen, Fehler und Fehlentscheidungen in Gegenwart und Zukunft zu vermeiden, weil sie bestimmte Fehler schon selbst gemacht, bestimmte Fehlentscheidungen schon selbst getroffen haben. Die AG60 plus „kämpft“ für zukunftsfähige Sozialsysteme: Erwerbstätigenversicherung in der Altersvorsorge, Bürgerversicherung in der Krankenversicherung und solidarische Vollversicherung in der Pflege. Wenn es eines Tages solche Systeme gibt, haben künftige Generationen eine gute Zukunft.

Gabi: Und an welche Fehler denkst Du?

Lothar: Unsere Generation hat vieles richtig gut gemacht: beispielsweise den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, enorme Produktivitätssteigerung, Friedenssicherung durch Aufbau der Europäischen Union. Gleichzeitig haben wir schwere Fehler begangen: zu viel Kohle, Öl und Gas verbraucht und so das Klima gefährlich unter Druck gebracht. Der zweite Fehler: wir haben nicht darauf geachtet, dass die Ergebnisse der Produktivitätssteigerung fair verteilt wurden, sodass eine kleine Gruppe extrem hohe Einkommen und Vermögen hat, während der größte Teil unserer Gesellschaft sich den Rest teilt. Es bleibt die Aufgabe, sowohl ein stabiles ökologisches als auch ein stabiles soziales Gleichgewicht herzustellen. Der dritte große Fehler ist die Vernachlässigung und föderale Zersplitterung unseres Bildungssystems. Um diese Fehlentwicklungen zu korrigieren, brauchen wir die sozial-ökologische Transformation, also eine stabile wirtschaftliche Basis und Entwicklung. Du siehst: die Themen der Alten sind die Themen der Jungen.

Gabi: Klassisches Thema ist ja die Rente, reicht das derzeitige Niveau aus, um Altersarmut zu verhindern und welche Maßnahmen sind nötig, um die Rente zukunftsfest

zu machen, z.B. dass auch Selbstständige in die Rentenkasse einzahlen?

Lothar: Ja – Rente ist ein klassisches Thema für junge Leute, für die Jusos. Beim Rentenniveau ist es wichtig, sich anzusehen, worauf die Prozente bezogen werden, denn z.B. sind 80 Prozent von Nichts ziemlich wenig und es kann Rentner*innen mit 48 Prozent von hohen Löhnen besser gehen als denjenigen mit 52 Prozent von niedrigen Löhnen. Wer 45 Jahre mit Durchschnittseinkommen gearbeitet hat, bekommt heute eine Rente in Höhe von gut 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsgehalts. Hat jemand immer doppelt so viel wie der Durchschnitt verdient, bekommt er 48 % vom doppelten aktuellen Durchschnitt, bei niedrigerem Lohn entsprechend weniger des aktuellen Durchschnitts. Unser Konzept für künftige Generationen heißt „Erwerbstätigenversicherung“. Das bedeutet: alle – Arbeitnehmer*innen, Beamt*innen, Selbstständige, Politiker*innen, Bischöfe, Kardinäle – bezahlen einen Teil von ihrem Lohn bzw. Einkommen in ein Altersvorsorgesystem ein, alle haben Anspruch auf eine Altersversorgung oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums aus diesem System. Dabei sind faire und auskömmliche Löhne bzw. die entsprechenden Versicherungsbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung die einzige Quelle der Altersversorgung. Auch die private, die betriebliche oder die kapitalgedeckte Al-

tersvorsorge (gefördert oder nicht) speisen sich aus der gleichen Quelle. Führen sehr hohe Einkommen zu sehr hohen Renten, kann die Kurve der Renteneinkommen nach oben etwas abgeflacht werden, ohne die Millionäre in Armut zu stürzen. Dieses System wäre fair und zukunftssicher. Leider fehlen dafür derzeit die politischen Mehrheiten. Wir hatten uns sehr darauf gefreut – entsprechende Mehrheiten vorausgesetzt – endlich Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten im gegenwärtigen Altersvorsorgesystem zu beseitigen. Vier Blockaden ärgern uns besonders, für die vor allem Lindner und die FDP verantwortlich sind: Wir wollten den Fehler der der CDU/CSU/FDP Regierung in den 90er Jahren bei der ungerechten Rentenüberleitung ehemaliger DDR-Rentner durch einen Gerechtigkeitsfonds korrigieren. Der nun eingerichtete Härtefallfonds mit einer Einmalzahlung von 2.500 Euro für Spätaussiedler*innen sowie jüdische Zuwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion benachteiligt die über 90 Prozent der anderen ehemaligen Arbeitnehmer*innen, die in der Rentenüberleitung von CDU/FDP „vergessen“ wurden. Ungerecht. Zweitens der fehlende Inflationsausgleich: wir vergessen die Menschen mit kleiner Pension nicht - aber die Pension ehemaliger Beamt*innen ist dreimal höher als die Rente der Rentner*innen. Und diese Pensionen

werden nun mit 3.000 Euro Inflationsausgleich aufgestockt. Die über 20 Millionen Rentner*innen erhalten den Inflationsausgleich aber nicht. Wir fordern, den Inflationsausgleich sowohl für Pensionen als auch Renten jeweils einkommensabhängig zu staffeln, also Pensionen und Renten gleich zu behandeln. Drittens: Linders Blockade des Rentenpakets II von Hubertus Heil und der SPD-Bundestagsfraktion, mit den drei Kernelementen: das Renteneintrittsalter soll nicht über 67 Jahre steigen, das Rentenniveau soll bis 2039 in Höhe von 48 Prozent stabil bleiben und ganz neu wird auf Druck der FDP die kreditfinanzierte Aktienrente eingeführt. Ein in der Regierung abgestimmter Minimalkonsens. Viertens: Lindner fordert die Abschaffung der Rente mit 63 – die erst nach einer Versicherungszeit von 45 Jahren möglich ist. Allerdings verschiebt sich das Eintrittsalter mit jedem Geburtsjahr nach oben: Ab dem Geburtsjahrgang 1964 liegt das Renteneintrittsalter bei 65 Jahren. Wir fordern die Regierung auf, endlich ein gerechtes System der Altersvorsorge einzuführen – auf einem Niveau, das Altersarmut verhindert. Mit vielen Fachverbänden sind wir uns einig, dass gegenwärtig ein Niveau von 50 Prozent nicht unterschritten werden darf.

Gabi: Viele empfinden die sog. „Doppelbesteuerung“ der Rente als ungerecht....

Lothar: Doppelbesteuerung bedeutet, dass ein Einkommen zweimal versteuert wird. Aber die Rente wird nur einmal besteuert, vielleicht nicht auf einen Schlag die komplette Rente und verschiedene Teile zu unterschiedlichen Zeiten – aber insgesamt jeder Euro nur einmal. Entweder in der Einzahlungsphase oder der Auszahlungsphase. Schon immer wurde bei gesetzlichen Renten der Ertragsanteil (etwa 30 Prozent) versteuert, da die Einzahlung in die Rentenkasse aus bereits versteuerten Beiträgen geleistet wurde. Der größere Teil der Rente war steuerfrei. Die Klage eines Beamten beim Bundesverfassungsgericht auf Steuerfreiheit der Pensionen hat dazu geführt, dass nicht die Pensionen von der Steuer befreit, sondern auch die Renten besteuert werden. Wäre plötzlich die Rente voll besteuert worden, hätte es eine Doppelbesteuerung gegeben, weil die Beiträge zuvor schon aus verteuertem Lohn bezahlt wurden. Deshalb wurde der Übergang von der „vorgezogenen Besteuerung“ der Beiträge auf die „nachgelagerte Besteuerung“ der Rente über einen Zeitraum von 2005 bis 2040/2060 gestreckt – sodass die Einzahlung nach und nach aus der Besteuerung herauswächst, die Besteuerung der Rente erst nach langer Zeit die gesamte Rente erfasst.

Seit dem 1. Januar 2023 können nun Aufwendungen für die Altersvorsorge vollständig von der Steuer abgesetzt werden. Das heißt: die Einzahlungsphase ist komplett steuerfrei. Im zweiten Schritt: steigt seit 2005 bis ins Jahr 2040/2060 der Anteil der zu versteuernden Altersrente schrittweise um zwei, ein oder ein halbes Prozent an. Die gesamte Rente wird dann ab 2060 versteuert. Der lange Zeitabschnitt zwischen der vollen Steuerfreiheit der Einzahlung und der vollen Besteuerung der Auszahlung vermeidet die doppelte Besteuerung der Rente.

Gabi: In Bayern gibt es seit einem Jahr ein Seniorenmitwirkungsgesetz, das Partizipation nicht wirklich garantiert. Was muss auf Bundesebene geschehen, um die Mitwirkungsrechte der Senior*innen zu verbessern?

Lothar: Es gibt inzwischen in verschiedenen Ländern Seniorenmitwirkungsgesetze mit unterschiedlicher Wirkmächtigkeit. Das ist sehr viel mehr als nichts, aber oft sind sie kaum mehr als Anregungen – Alibi-Regelungen. Die AG SPD 60 plus fordert, die verbindliche Einrichtung von Seniorenvertretungen mit Antrags- und Anhörungsrecht auf kommunaler Ebene. Damit wäre ein großer Schritt gegangen. Letztendlich muss auf Bundesebene die Soll-Vorschrift in § 71, SGB XII zu einer Pflichtaufgabe werden – in einem Altenhilfestrukturegesetz. Erst in der Dualität von Seniorenmitwirkungsgesetz und Altenhilfestrukturegesetz wird es flächendeckend seniorengerechte Städte und Gemeinden geben. Wir denken an gleichwertige Lebensverhältnisse, Familienfreundlichkeit, die Verbesserung des sozialen Miteinanders und Angebote, die der Einsamkeit (nicht nur der älteren) entgegenwirken.

Gabi: Um die Zukunft schlagkräftig zu gestalten, geht es nur gemeinsam: Jung und Alt, mit der Generationenperspektive.

Lothar: 100 Prozent d'accord: Die Zukunft lässt sich nur gemeinsam gestalten. Es gibt immer wieder Leute, die uns einen „Generationenkonflikt“ einreden wollen, um davon abzulenken, dass wir keinen Konflikt zwischen Jung und Alt haben, sondern einen zwischen Arm und Reich. Die Zukunft und die gemeinsamen Interessen aller Generationen müssen im Mittelpunkt stehen: Frieden, soziale Sicherheit, Wohnen, Umwelt und Natur, Bildung, Forschung, wirtschaftlicher Wohlstand, kultureller Reichtum. Wir werden nur eine gute Zukunft haben, wenn es gerecht oder wenigstens gerechter zugeht. „Wir“ sind alle Generationen von der jüngsten Generation Alpha bis zu ältesten, der „Silent Generation“.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Nasser Ahmed

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:

SPD Nürnberg

Karl-Bröger-Str. 9

90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Gedruckt auf zertifiziertem Papier mit Ökofarbe.





Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

**JUNI/JULI
2024**
ALLE TERMINE AUF
EINEN BLICK

11.06.2024

Mieterberatung
Termine unter: 0911 43896 0

11.06.2024 – 19:30 Uhr

SPD Nordost: Mitgliedertreffen
SIGENA-Plauenerstr.7, 90491 Nürnberg

12.06.2024 – 19:00 Uhr

AK Umwelt: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

17.06.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

19.06.2024 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung
Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

19.06.2024 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

24.06.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

25.06.2024 – 14:00 Uhr

AG60+: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

25.06.2024

Mieterberatung
Termine unter: 0911 43896 0

28.06.2024

Kärwa Kornburg

01.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

03.07.2024 – 18:30 Uhr

SPD Lichtenhof: Mitgliederversammlung
mit Biergartenabschluss
Ort wird noch bekannt gegeben.

08.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

09.07.2024 – 19:30 Uhr

SPD Nordost: Mitgliedertreffen
SIGENA-Plauenerstr.7, 90491 Nürnberg

09.07.2024 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliederversammlung
TSV Altenfurt, Wohlaier Straße 16,
Nebenzimmer „Skizimmer“

10.07.2024 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung

Gaststätte Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

15.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

19.07.2024 – 18:00 Uhr

Buchenbühl Kirchweih Bieranstich

22.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

23.07.2024 – 15:00 Uhr

AG60+: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

23.07.2024 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser: Stadtteilversammlung
mit Dr. Nasser Ahmed zur Nürnberger
Verkehrspolitik
Gemeinschaftshaus

26.07.2024 – 18:00 Uhr

Ziegelstein Kirchweih Bieranstich

29.07.2024 – 11:00 Uhr

Ziegelstein Kirchweih Frühschoppen

29.07.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

Bitte beachten, dass es zu terminlichen
Abweichungen kommen kann. Bitte
informiere dich rechtzeitig bei deinen
Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-
Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.



www.spd-nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



instagram.com/spdnuernberg